

## Niederschrift

über die in der 09. Sitzung des Kreistages  
am 10.12.2015 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 15:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 17:19 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:19 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:54 Uhr

### anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy (bis TOP 30)	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Weber, Otto	Straelen
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Gorißen, Dietmar (ab TOP 3)	Kleve

Prof. Dr. Klapdor, Ralf  
Wittenburg, Thomas  
Höhn, Birgitt  
Krystof, David (bis TOP 14)  
Dr. Prior, Helmut (bis TOP 14)  
Sickelmann, Ute  
Terkatz, Hans-Hermann  
Währisch-Große, Elke  
Reuter, Tim  
Severin, Rainer  
Heinricks, Michael  
Habicht, Kai (ab TOP 3)

Uedem  
Issum  
Emmerich am Rhein  
Goch  
Kleve  
Emmerich am Rhein  
Straelen  
Rheurdt  
Geldern  
Kleve  
Kerken  
Kerken

entschuldigt sind

Schreiber, Adolf  
Eicker, Sigrid  
Rupp, Thorsten  
Raubach, Müserref  
Natrop, Mathias

Goch  
Geldern  
Emmerich am Rhein  
Kleve  
Kranenburg

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Reynders, Rudolf  
Baetzen, Jürgen  
Franik, Günter  
Dr. Heesen, Sylvia  
Dr. Reynders, Hermann  
Jansen, Christoph  
Hälker, Silke  
Keuken, Ruth  
Voigt, Marion  
Miesen, Uwe  
Luipers, Hans-Josef  
Lamers, Silke  
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Franken, Christina

- - - - -

Es ergehen zwei Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Herr Paul Zigan, Kleve, erkundigt sich, ob sich sicherstellen lässt, dass die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig vor den Kreisausschuss- und Kreistagssitzungen die Protokolle zu den entsprechenden Fachausschusssitzungen im Internet nachlesen können.

Landrat antwortet, dass die Niederschriften ab Versand an die Kreistagsmitglieder im Internet nachgelesen werden können. Die Erstellung und Unterzeichnung der Niederschrift benötigt eine gewisse Zeit. Die Anregung werde aufgenommen.

Herr Bernd Derksen, Bedburg-Hau, spricht die zwei nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkte zur

FN GmbH an und erkundigt sich, was die zwingenden rechtlichen Gründe seien, warum diese Punkte nicht im öffentlichen Teil und somit transparent für die Bürgerinnen und Bürger, behandelt werden. Weiterhin erkundigt er sich, ob der Landrat Stellung zum Kreishaushalt und den Auswirkungen der Kreisumlage auf die Gemeindehaushalte nehmen könne.

Landrat erläutert, dass der Umstand, dass Sachverhalte/Vorlagen die Gesellschaften betreffen, nicht-öffentlich behandelt werden müssen, sich aus Vorschriften der Kreis- und Gemeindeordnung ergeben würde. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse würden dadurch geschützt. Zur zweiten Frage sei zu sagen, dass aktuell zunächst die Einbringung des Doppelhaushaltes auf der Tagesordnung stehen würde. Zum Haushalt und der Kreisumlage werde er beim entsprechenden Tagesordnungspunkt weitere Ausführungen machen. Im Übrigen erfolge im Anschluss zunächst die politische Diskussion und erst im März falle die endgültige politische Entscheidung. Erst dann stehe die Höhe der Kreisumlage fest.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Nachgereichte Unterlagen:

- Ergänzungsvorlage Nr. 363a/WP14 zu Tagesordnungspunkt 14 „Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen“
- Stellungnahme der Stadt Kalkar zu Tagesordnungspunkt 14 „Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen“
- Stellungnahme der SPD-Fraktion vom 08.12.2015 zu Tagesordnungspunkt 22 „Landesplanung; Stellungnahme der Verwaltung zum überarbeiteten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)“

KTM Sickelmann stellt den Antrag, dass der Tagesordnungspunkt Nr. 29 vertagt wird und die Verwaltung eine Vorlage hierzu vorbereitet, die es ermöglicht, den Punkt in öffentlicher Sitzung zu beraten. Es bestehe kein Zeitdruck und ihre Fraktion fordere eine transparente und demokratische Diskussion über die weitere Vorgehensweise.

Landrat macht deutlich, dass dies nicht mit geltendem Recht vereinbar sei.

Der Antrag wird mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Landrat weist auf die auf den Tischen ausliegenden Kalendern für das Klever Land auf das Jahr 2016 und den Geldrischen Heimatkalender 2016 sowie den Entwurf der Haushaltssatzung hin. Die Kreistagsmitglieder, die sich für die papierlose Variante entschieden haben, haben eine E-Mail mit einem Link erhalten, unter dem sie sich den HH-Plan herunterladen können.

## Öffentliche Sitzung

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 1.  | Gültigkeit der Landratswahl vom 13.09.2015   | 305/WP14 |
| 2.  | Einführung und Vereidigung des Landrates   | 306/WP14 |
| 3.  | Fortschreibung des Frauenförderplans für die Kreisverwaltung Kleve   | 338/WP14 |
| 4.  | Ersatzwahl<br>Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Schwalm-Nette“   | 326/WP14 |
| 5.  | Ersatzwahl<br>Ausschuss für Gesundheit und Soziales und Forum für Seniorinnen und Senioren   | 332/WP14 |
| 6.  | Ersatzwahl<br>Forum für Seniorinnen und Senioren   | 339/WP14 |
| 7.  | Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien<br>Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 08.10.2015 und 04.11.2015                                 | 323/WP14 |
| 8.  | Bestellung von beratenden Mitgliedern im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung<br>Antrag der UKF vom 05.11.2015 | 344/WP14 |
| 9.  | Flüchtlingssituation im Kreis Kleve<br>Antrag der UKF vom 15.10.2015 auf Durchführung einer Aktuellen Stunde im Kreistag                                     | 343/WP14 |
| 10. | Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2016<br>hier: Zustimmung zur außerplanmäßigen Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2015        | 341/WP14 |
| 11. | Beteiligungsverwaltung<br>hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Haus Freudenberg GmbH  | 342/WP14 |
| 12. | Jahresabschluss 2014 des Kreises Kleve   | 364/WP14 |
| 13. | Entwurf des Stellenplanes des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017   | 367/WP14 |
| 14. | Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen  | 363/WP14 |
| 15. | Ernennung des Kreisbrandmeisters und stellvertretenden Kreisbrandmeisters  | 340/WP14 |
| 16. | Vom Gesundheitsbericht zum Masterplan "Beste Gesundheit und Pflege für alle im Kreis Kleve"<br>Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015               | 300/WP14 |

- |     |  |          |
|-----|--|----------|
| 17. | Ärztliche Versorgung im Kreis Kleve<br>hier: Hausarztakademie im Kreis Kleve   | 296/WP14 |
| 18. | Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene   | 270/WP14 |
| 19. | Anpassung eines Landschaftsplans des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie; Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4: Rees; 4. Änderung   | 312/WP14 |
| 20. | Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Kevelaer im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie; Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10: Weeze; 4. Änderung<br>Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11: Kevelaer; 6. Änderung | 313/WP14 |
| 21. | Radverkehr im Kreis Kleve;<br>Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015  | 328/WP14 |
| 22. | Landesplanung;<br>Stellungnahme der Verwaltung zum überarbeiteten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)  | 368/WP14 |
| 23. | Rettungsdienst;<br>Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 und die Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des Kreises Kleve  | 358/WP14 |
| 24. | Rettungsdienst;<br>Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve   | 361/WP14 |
| 25. | Mitteilungen   |          |
| 26. | Anfragen   |          |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |     |  |            |
|-----|--|------------|
| 27. | Grundstücksangelegenheiten;<br>Erwerb von Flächen zur Errichtung eines Radweges  | 331/WP14   |
| 28. | Integra gGmbH Geldern<br>hier: Finanzierung; Anpassung von Darlehensvereinbarungen                                     | 347/WP14   |
| 29. | Beteiligungsverwaltung<br>hier: Finanzierungsangelegenheiten der EEL GmbH und der FN GmbH                              | 346_1/WP14 |
| 30. | Beteiligungsverwaltung<br>hier: Zustimmung zum Abschluss von Rechtsgeschäften der Flughafen Niederrhein GmbH (FN GmbH) | 370/WP14   |

31. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve 366/WP14  
32. Mitteilungen  
33. Anfragen

-----

Landrat nimmt im Besucherbereich Platz und übergibt Vorsitz an Frau Croonenbroek.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 305 /WP14

Gültigkeit der Landratswahl vom 13.09.2015

---

KTM Croonenbroek berichtet über die einstimmige Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses.

Einsicht in weitere Unterlagen wird nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

a) Der Einspruch des Herrn T. vom 16.09.2015 gegen die Wahl Landrates des Kreises Kleve vom 13.09.2015 wird zurückgewiesen.

b) Die Wahl des Landrates des Kreises Kleve vom 13.09.2015 wird für gültig erklärt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 306 /WP14

Einführung und Vereidigung des Landrates

---

KTM Croonenbroek verpflichtet Landrat Wolfgang Spreen durch Abnahme des Beamteneides und Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Landrat bedankt sich und übernimmt den Vorsitz.

Fortschreibung des Frauenförderplans für die Kreisverwaltung Kleve

---

Die Gleichstellungsbeauftragte, Silke Lamers, trägt den in der Anlage beigefügten Vortrag vor.

KTM Schmidt führt aus, dass es trotz positiver Tendenzen in der Kreisverwaltung Bereiche geben würde, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Beispielhaft sind hier die Bereiche ab Besoldungsgruppe A12 und EG 10 aufwärts zu nennen. Ebenso sei dies in den technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen der Fall. Ihrer Fraktion sei wichtig, dass ein besonderes Augenmerk auf diese Bereiche gelegt wird. Der vorgelegte Entwurf zeige Maßnahmen hierzu auf. Inwieweit diese sich positiv auf die Entwicklung auswirken, bleibe zu beobachten. Die Vorschläge ihrer Fraktion zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten auch in Teilzeit, z.B. durch Job-Sharing und Tele-Heimarbeit, seien in den neuen Plan aufgenommen worden. Es sei Frau Lamers Aufgabe, auf eine passgenaue Umsetzung zu achten. Der Frauenförderplan sei ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung und sie dankt der Verwaltung. Ihre Fraktion werde die Umsetzung genau beobachten und stimme dem Entwurf zu. Sie regt an, den Frauenförderplan in Gleichstellungsplan umzubenennen.

KTM Trenckmann steht dem Frauenförderplan nicht positiv entgegen. Sie spricht an, dass es nicht ausreiche, wenn Unterrepräsentanzen im höheren Verdienstbereich durch Überrepräsentanzen im niedrigen Verdienstbereich ausgeglichen werden. Sie stimmt KTM Schmidt zu, dass es nicht um einen Frauenförderplan sondern um einen Gleichstellungsplan gehe. Es müsse darauf hingewirkt werden, dass in allen Verdienstbereichen eine gleiche Repräsentanz bestehe. Anhand von Zahlen macht sie deutlich, dass bisher in den höheren Positionen eine deutliche Unterrepräsentanz vorhanden sei. Dagegen liege in den unteren Bereichen der Frauenanteil bei 50% mit steigender Tendenz. Der Gleichstellungsauftrag ergebe sich nicht nur aus dem Landesgesetz, sondern auch aus Artikel 3 Grundgesetz. Dramatisch bemerkbar mache sich, dass über Jahre hinweg eine kontinuierliche, weibliche Nachwuchsförderung versäumt worden sei. Gut sei, dass die Teilzeitausbildung nunmehr im Frauenförderplan festgeschrieben werde. Aus Sicht ihrer Fraktion wäre es wichtig, dass explizit aufgenommen wird, dass sich Teilzeitbeschäftigung und Leitungsfunktion nicht ausschließen. Ebenso vermisst würde die Regelung, dass Frauen, die sich in Eltern- oder Teilzeit befinden, besonders darauf hingewiesen werden, dass sie sich um Leitungsfunktionen bemühen können. Die Umsetzung von verfassungs- und einfachgesetzlichen Regelungen sei in der Kreisverwaltung offensichtlich nicht beabsichtigt. Der vorgelegte Entwurf wiederhole im Wesentlichen nur den vorangegangenen Plan. Jedoch würde es eine schwerwiegende Änderung geben. Diese betreffe die Ziffern 2.1 und 2.2.1. Hieraus würde sich ergeben, dass seitens der Verwaltung für die nächsten Jahre offensichtlich ganz klare personelle Vorschläge hinsichtlich der Nachbesetzung von 2 nachzubesetzenden Stellen der Besoldungsgruppe A13 und 5 Stellen von A12 geben würde. Gleiches gelte für die 3 frei werdenden Abteilungsleiterstellen und 5 stellv. Abteilungsleiterstellen. Die freien Stellen sollen laut Plan mehrheitlich mit Männern besetzt werden. Dies sei nicht nachvollziehbar und ungerechtfertigt. Das Personalauswahlverfahren werde genau auf diese verfassungswidrige Personalpolitik zugeschnitten. Bisher seien interne und externe Stellenbesetzungen gleich behandelt. Jetzt werde klar differenziert. Bei internen Stellenbesetzungen würde plötzlich auf die klare Beschreibung eines Anforderungsprofils verzichtet. Gleichzeitig falle das Bewertungskriterium "soziale Kompetenz" weg. Auch die Beteiligungsregelungen würden erleichtert. Auch neu sei, dass die Möglichkeit, von einer öffentlichen Ausschreibung abzusehen, erstmals erleichtert wird. Ihre Fraktion appelliert dazu, den Entwurf zu überarbeiten und erneut zur Abstimmung zu stellen. Dieser sei rechtswidrig. Ihr gehe es nicht darum, die Männer gegen die Frauen auszuspielen. In diesem Zusammenhang zitiert sie einen Wortbeitrag von KTM Palmen aus dem Kreispolizeibeirat.

Ltd. KVD Boxnick zeigt ihre Empörung über die Aussagen von KTM Trenckmann. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, dass es sehr gut gelaufen sei. Bei allen Entscheidungen müsse auch immer nach Eignung, Befähigung und fachliche Leistung geschaut werden. Würde das nicht be-

rücksichtigt, hätte man einen Rechtsbruch. Die Ausführungen von KTM Treckmann seien unverständlich und nicht richtig. Der § 6 Abs. 2 des Landesgleichstellungsgesetzes sage, dass man eine realistische Einschätzung vornehmen müsse. Daher müsse der aktuelle Personalbestand betrachtet werden und die Beurteilungen zum jetzigen Stand, damit man einschätzen könne, wer für die zukünftig frei werdenden Stellen in Betracht kommt.

KTM Währisch-Große dankt der Verwaltung für die Vorlage. Sie lässt Zettel zum Begriff der Homosozialität verteilen und verdeutlicht, dass wenn es um Berufstätigkeit gehe, i.d.R. immer noch die Männer die Vorgesetzten seien und definieren würden, was das Beste sei. Dies sei ein strukturelles Problem. Nicht nur die Unterrepräsentanz sondern die Qualität der Beschäftigung sei ein wichtiges Thema. Auch die Frage nach Gender Mainstreaming sei eine gesetzliche Aufgabe. Hierauf sei in dem Frauenförderplan gar nicht eingegangen worden. Der Familienbericht der Bundesregierung sage, dass die Frauen die gesellschaftlichen Lasten zu tragen haben. Hier müsse man konkrete Maßnahmen/Veranstaltungen planen. Sie erkundigt sich, wie in den Gesellschaftsverträgen des Kreises das Landesgleichstellungsgesetz umgesetzt wird und wie die Umsetzung in den Gremien des Kreises erfolgt ist (herrscht dort Parität?).

Landrat antwortet, dass sämtliche Gesellschaftsverträge der Gesellschaften des Kreises durch den Kreistag beschlossen worden sind und dort nachgelesen werden könne, wie der Kreistag seine Aufgabe wahrgenommen habe. Der zweite Teil der Frage werde schriftlich beantwortet.

KTM Prof. Dr. Klapdor ist der Auffassung, dass KTM Trenckmann zu weit gegangen sei, wenn sie von Verfassungswidrigkeit spreche. Die Frauen in der Kreisverwaltung würden nicht ausgebremst und insgesamt sei man auf einem guten Weg. Dies sei anzuerkennen. Seine Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

KTM Heinrichs dankt Frau Lamers und kann sich KTM Trenckmann und KTM Währisch-Große nicht anschließen. Er möchte keine Frauenquote nur der Quote wegen haben. Niemand würde Frauen in der Kreisverwaltung geeignete Stellen verweigern. Die Stellen sollen diejenigen bekommen, die geeignet dafür sind.

KTM Reuter bedankt sich ebenfalls bei Frau Lamers. Seine Fraktion geht davon aus, dass die Verwaltung alle Bewerbungen neutral behandelt. Bisher sei die Frauenförderung in der Kreisverwaltung gut gelaufen. Von einer Quote hält er nichts.

KTM Habicht schließt sich dem Dank an. Auch er hält nichts von einer Quote. Zum Gender Mainstreaming sei zu sagen, dass er von der CDU erhoffe, dass diese das Thema irgendwann in die richtige Richtung lenken wird.

KTM Palmen bittet den Landrat KTM Trenckmann zu rügen. Diese habe einen Wortbeitrag von ihm aus einer nicht-öffentlichen Sitzung des Kreispolizeibeirates zitiert. Die aufgestellte Behauptung sei falsch.

Landrat sichert eine Prüfung zu.

KTM Trenckmann macht deutlich, dass beantragt wird, dass der Punkt 2.2.1 des Frauenförderplans in der alten Fassung bleiben soll.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Punkt 2.2.1 in der alten Fassung zu lassen, wird mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen abgelehnt.

KTM Franken beantragt eine getrennte Abstimmung über die Sätze des Beschlussvorschlags.



Abstimmungsergebnis: S. 1 des Beschlussvorschlages: einstimmig,  
S. 2 mehrheitlich bei 18 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Beschluss:

Der Bericht gemäß § 5 a Abs. 4 Landesgleichstellungsgesetz und Ziffer 4 des Frauenförderplans 2013 – 2015 über die Personalentwicklung und die durchgeführten Maßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

Der Frauenförderplan 2016 – 2018 der Kreisverwaltung Kleve wird gemäß § 5 a Abs. 4 Landesgleichstellungsgesetz entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf beschlossen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 326 /WP14

Ersatzwahl

Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Naturpark Schwalm-Nette“

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Ralf Hermsen wird als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Naturpark Schwalm-Nette" bestellt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 332 /WP14

Ersatzwahl

Ausschuss für Gesundheit und Soziales und Forum für Seniorinnen und Senioren

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Thomas Velten wird als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und in das Forum für Seniorinnen und Senioren gewählt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 339 /WP14

Ersatzwahl  
Forum für Seniorinnen und Senioren

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Klaus Delhees, Meistersweg 5, 47509 Rheurdt, wird als stellvertretendes Mitglied für die Gemeinde Rheurdt in das Forum für Seniorinnen und Senioren des Kreises Kleve gewählt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 323 /WP14

Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien  
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 08.10.2015 und 04.11.2015

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Frau Verena Hallmann wird als sachkundige Bürgerin als ordentliches Mitglied in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und in den Schul- und Kulturausschuss gewählt.
2. Herr Tim Reuter wird als beratendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss und den Kreisausschuss und als ordentliches Mitglied in den Wahlprüfungsausschuss gewählt. Weiterhin wird Herr Reuter als ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für den Kreis Kleve und die Stadt Kleve und in den Aufsichtsrat der KKB GmbH sowie in den Nahverkehrszweckverband Niederrhein gewählt.
3. Als stellvertretendes beratendes Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss und im Kreisausschuss wird Herr Rainer Severin gewählt.
4. Herr Rolf Bernards wird als sachkundiger Bürger als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
5. Herr Herbert Derksen wird als sachkundiger Bürger als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.
6. Frau Müserref Raubach wird als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes für den Kreis Kleve und die Stadt Kleve gewählt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 344 /WP14

Bestellung von beratenden Mitgliedern im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung  
Antrag der UKF vom 05.11.2015

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Herr Michael Heinrichs wird zum beratenden Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung bestellt. Herr Mathias Natrop wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziales und im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung bestellt.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 343 /WP14

Flüchtlingssituation im Kreis Kleve  
Antrag der UKF vom 15.10.2015 auf Durchführung einer Aktuellen Stunde im Kreistag

---

KTM Heinrichs ist der Ansicht, dass es bei den Flüchtlingen in Not um ein sehr wichtiges Thema gehe und daher darüber diskutiert werden müsse. Es sei unverständlich, dass die Mehrheit im Kreistag ein Kommunales Integrationszentrum ablehne. Es sei eine zentrale Koordinierung gewünscht. Die ehrenamtlichen Helfer seien überlastet und gemeinsam müsse nach Lösungen gesucht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag der UKF vom 15.10.2015 wird in die nächste Sitzung des Kreisausschusses verwiesen.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 341 /WP14

Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2016

hier: Zustimmung zur außerplanmäßigen Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2015

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

KTM Engler führt aus, dass die Baumaßnahme an die Notunterkünfte für die Flüchtlinge grenzen würde. Dort seien kleine Kinder untergebracht. Daher solle kommuniziert werden, dass es zu Lärm etc. kommen kann, damit die Betreuung hierauf eingestellt ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der außerplanmäßigen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung des Haushaltsjahres 2015 im Umfang von 500.000 € zur Auftragsvergabe der Baumaßnahme „Erweiterung des vorhandenen PKW-Stellplatzes am Berufskolleg Kleve“ wird gemäß § 53 KrO NRW i.V.m. §§ 85 Abs. 1 und 83 Abs. 1 GO NRW zugestimmt.

2. Die finanzielle Abwicklung der Maßnahme erfolgt im Haushaltsjahr 2016 auf der Basis des im Haushaltsplan 2016/2017 veranschlagten Haushaltsansatzes in Höhe von 530.000 € (Produkt 0302 – Berufskollegs des Kreises Kleve; PSP-Element 7.000355.700.300; Sachkonto 78510000).

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 342 /WP14

Beteiligungsverwaltung

hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Haus Freudenberg GmbH

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

KTM Dr. Prior hat eine formale Nachfrage. Der Landrat habe gerade kategorisch ausgeschlossen, dass Angelegenheiten, die Gesellschaftsrecht betreffen, in öffentlicher Sitzung besprochen werden können. Er erkundigt sich, wieso das bei diesem Punkt anders sei.

Landrat antwortet, dass es vorliegend um eine Satzung gehen würde, die z.B. auch im Handelsregister veröffentlicht werden muss. Interne Angelegenheiten einer Gesellschaft seien nichtöffentlich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Haus Freudenberg GmbH in der vorgelegten Form zu.

2. Die Vertreter des Gesellschafters Kreis Kleve im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Haus Freudenberg GmbH werden beauftragt, den notwendigen gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen zuzustimmen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 364 /WP14

Jahresabschluss 2014 des Kreises Kleve

---

KTM Prof. Dr. Klapdor äußert eine formale Bitte zur Behandlung des Jahresabschlusses. Im Jahresabschluss würde es einen besonderen Vorgang geben - das Eingeständnis, dass die RWE-Aktien nicht mehr so viel wert seien. Er bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass die damaligen Aussagen seiner Fraktion immer noch richtig seien und bittet darum, dass bei der weiteren Behandlung des Jahresabschlusses darüber nachgedacht wird, wie nun mit der Situation umzugehen ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2014 des Kreises Kleve zur Kenntnis und leitet ihn gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 101 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter, welcher sich gemäß § 101 Abs. 8 GO NRW zur Durchführung der Prüfung der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung bedient.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 367 /WP14

Entwurf des Stellenplanes des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017

---

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Entwurf des Stellenplanes für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 wird zur Beratung und Vorbereitung des Kreistagsbeschlusses an den Kreisausschuss verwiesen.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 363 /WP14

Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen

---

Landrat hält die als Anlage beigefügte Rede zur Einbringung der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017. Es gilt das gesprochene Wort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Kreises Kleve für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 mit Haushaltsplan und Anlagen wird zur Beratung und Vorbereitung des Kreistagsbeschlusses an den Kreisausschuss verwiesen. Soweit Belange der Jugendhilfe berührt werden, ist der Jugendhilfeausschuss zu hören.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 340 /WP14

Ernennung des Kreisbrandmeisters und stellvertretenden Kreisbrandmeisters

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Reiner Gilles, Maastraße 23 a, 47608 Geldern wird mit Wirkung vom 01.04.2016 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Zeit zum Kreisbrandmeister ernannt.

Herr Norbert Jansen, Beeckscher Weg 14, 47559 Kranenburg wird mit Wirkung vom 01.04.2016 für die Dauer von sechs Jahren unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter auf Zeit zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 300 /WP14

Vom Gesundheitsbericht zum Masterplan "Beste Gesundheit und Pflege für alle im Kreis Kleve"  
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015

---

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung.

KTM Engler trägt vor, dass der Antrag seiner Fraktion im Wesentlichen aus drei Punkten besteht. Es sei eine Fortschreibung des Gesundheitsberichts gewollt. Hieran solle der Kreis sich intensiv beteiligen. Weiterhin sollen die Vorschläge und Maßnahmen aus dem bisherigen Bericht umgesetzt werden und die Zusammenarbeit der Kommunen soll gebündelt werden.

KTM Mulder stellt dar, dass die Ausführungen der Verwaltung in der Vorlage umfassend und überzeugend seien und seine Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion ablehne.

KTM Sickelmann erklärt, dass ihre Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen wird.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 22 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 28.08.2015 wird abgelehnt.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 296 /WP14

Ärztliche Versorgung im Kreis Kleve  
hier: Hausarztakademie im Kreis Kleve

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss bei 4 Enthaltungen.

KTM Engler resümiert, dass auch schon bei dem Beschluss über eine Hausarztakademie von der Gründung des Weiterbildungsverbundes die Rede war. Die Bildung eines Weiterbildungsverbundes stehe der Gründung einer Hausarztakademie nicht entgegen. Der Beschlussvorschlag sei entbehrlich, da man keine Partner zur Gründung einer Hausarztakademie habe. Die Option soll jedoch weiterhin bestehen bleiben, falls sich die Lage zukünftig anders darstellt. Seine Fraktion lehne den Beschlussvorschlag ab.

KTM Mulder und KTM Sickelmann tragen vor, dass ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zustimmen werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 14 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Kleve beschließt, dass die Gründung einer Hausarztakademie im Kreis Kleve nicht weiterverfolgt wird.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 270 /WP14

Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für  
Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Gebührenbedarfsberechnung und die dazugehörigen Erläuterungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Satzung des Kreises Kleve über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Frischfleischhygiene wird entsprechend dem vorgelegten Entwurf beschlossen.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 312 /WP14

Anpassung eines Landschaftsplans des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie; Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4: Rees; 4. Änderung

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 2 Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

1. *Die Erwiderungen der Verwaltung (Beschlusssentwurf) zu den Hinweisen, Anregungen und Bedenken, die von den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen berührten Trägern öffentlicher Belange im Rahmen des vereinfachten Verfahrens nach § 29 (2) LG abgegeben wurden, werden zum Beschluss erhoben.*

2. *Die Unberührtheitsregelungen des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees werden für die Konzentrationszonen für Windenergie im Stadtgebiet Rees:*

1. *Heeren-Herken*
2. *Kattenbruch,*
3. *BAB,*
4. *Haldern/Wertherbruch,*
5. *Haldern-Süd*

*wie folgt erweitert*

*„Unberührt bleiben, soweit durch besondere Bestimmungen für die einzelnen Landschaftsschutzgebiete nichts anderes bestimmt ist:*

*j) bei den von der Stadt Rees bestimmten Flächen für Windenergie: Heeren-Herken, Kattenbruch, BAB, Haldern/Wertherbruch und Haldern-Süd die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplans; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Ausnahme zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.*

*Diese Regelung gilt ausschließlich für die in der Karte A mit gelb abgegrenzten Bereichen der rechtswirksamen 1. Teilflächennutzungsplanänderung „Windkraft“ der Stadt Rees.*



*3. Der Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees wird einschließlich der geänderten Eintragungen, die sich aus den Beratungen über die Hinweise, Anregungen und Bedenken ergeben haben, als Satzung beschlossen.“*

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 313 /WP14

Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Kevelaer im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10: Weeze; 4. Änderung

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11: Kevelaer; 6. Änderung

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 2 Enthaltungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

*1. Die Erwiderungen der Verwaltung (Beschlusssentwurf) zu den Hinweisen, Anregungen und Bedenken, die von den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen berührten Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der vereinfachten Verfahren nach § 29 (2) LG abgegeben wurden, werden zum Beschluss erhoben.*

*2. Die vom Kreistag des Kreises am 19.03.2015 beschlossenen Erweiterungen der Unberührtheitsregelungen in Landschaftsschutzgebieten bei den Landschaftsplänen des Kreises Kleve Nr. 10 - Weeze (3. Änderung) und Nr. 11 - Kevelaer (5. Änderung) werden für die neu abgegrenzte Konzentrationszone für Windenergie im Stadtgebiet Kevelaer „Schwarzes Bruch Nord“ übernommen.*

*3. Die Landschaftspläne des Kreises Kleve Nr. 10 - Weeze (4. Änderung) und Nr. 11 - Kevelaer (6. Änderungen) werden einschließlich der geänderten Eintragungen, die sich aus den Beratungen über die Hinweise, Anregungen und Bedenken ergeben haben, als Satzung beschlossen.“*

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 328 /WP14

Radverkehr im Kreis Kleve;

Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015

---

Landrat berichtet von der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses: Satz 1 des Beschlussvorschlages einstimmig, Satz 2 des Beschlussvorschlages mehrheitlich bei 7 Gegenstimmen.

KTM Franken berichtet, dass seine Fraktion sich Informationen beim AGFS eingeholt habe und berichtet von der Rückmeldung des Vorstandes des AGFS. Vor diesem Hintergrund wirbt er dafür, doch über eine Mitgliedschaft des Kreises nachzudenken. Daher stellt er den Antrag, dass der

Punkt 1 des Antrages zurück in den Fachausschuss verwiesen wird. Dort könnte Frau Fuchs, Vorstand AGFS, berichten.

KTM Düllings ist der Ansicht, dass das Thema ausführlich diskutiert wurde. Wenn die AGFS von Unterstützung der Nahmobilität spreche, würde er nicht an den Weg von den Kommunen in die Kreisstadt denken, so dass dies schon alles aussagen würde.

KTM Franken erwidert, dass es um die Erstellung eines Nahmobilitätskonzeptes gehe und wie man für sich als Kreis die Nahmobilität definiere. Es gehe nicht nur um die örtlichen Kommunen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, den Punkt 1 des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Fachausschuss zu verweisen, wird mehrheitlich bei 21 Gegenstimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: S. 1 des Beschlussvorschlages: einstimmig,  
S. 2 des Beschlussvorschlages: mehrheitlich bei 21 Gegenstimmen

Beschluss:

Dem Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.09.2015 wird zu Punkt 2 entsprochen.

Zu Punkt 1 wird der Antrag zurückgewiesen.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 368 /WP14

Landesplanung;

Stellungnahme der Verwaltung zum überarbeiteten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

---

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss bei 6 Gegenstimmen.

KTM Sickelmann führt aus, dass einige Aussagen wie z.B. zu den Schutzziele Wald und Forstwirtschaft, Streichung der Kraftwerkstandorte, Fracking etc. die Zustimmung ihrer Fraktion finden. Nicht zustimmen kann ihre Fraktion den Aussagen zum Flächenverbrauch, zu den Flughäfen und Konversionsflächen. Die Stellungnahme der Verwaltung sei unzureichend zum Thema der Rohstoffsicherung. Hierzu hatte ihre Fraktion mit der Fraktion von DIE LINKE/PIRATEN einen Antrag gestellt, der leider von den anderen Fraktionen nicht mitgetragen wurde. Ebenfalls sei ein Gutachten zur Verfügung gestellt worden. Sie führt aus, was das Gutachten beinhaltet. Der Antrag sei im Fachausschuss zurückgezogen worden, weil davon ausgegangen wurde, dass die neue Stellungnahme der Verwaltung das Thema beinhaltet. Dass dies nicht der Fall ist, sei bedauerlich.

KTM Weber ist der Ansicht, dass der LEP des Landes in weiten Teilen zu einer vernünftigen Entwicklung beiträgt. Die Forderungen von 2013 seien größtenteils realisiert worden. Daher sei jetzt der Punkt erreicht, wo der Kreis akzeptieren müsse, dass es übergeordnete, landesplanerische Zielsetzungen gibt und man nicht immer weitere Forderungen stellen könne. Punktuell würde es Kritikpunkte geben (Flughafen, Fracking etc.), jedoch würde insgesamt eine Entwicklung im Kreis Kleve erlaubt, die man seinen Nachfahren hinterlassen könne. Man müsse sich insbesondere bewusst machen, dass die Flächen, Ressourcen und der Lebensraum endlich sind. Vor diesem Hintergrund müsse man die Stellungnahme des Kreises betrachten. Mit dem nachgereichten Papier

seiner Fraktion, soll bezweckt werden, dass man sich nochmal zusammensetzt und einen gemeinsamen Vorschlag erarbeitet. Er betont nochmals, dass der Flächenverbrauch nachhaltig ist. Der Kreis Kleve bestehe mit seinen Forderungen auf noch mehr Flächenverbrauch. Die SPD-Fraktion wolle hier einen Schlusstrich ziehen. Bei einer Landesplanung müsse man auch die nachfolgenden Generationen im Blick haben.

KTM von Elverfeldt stellt dar, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Mit der Stellungnahme in 2013 sei man schon sehr erfolgreich gewesen (z.B. Landesbedeutsamkeit Hafen Emmerich). Wichtig sei die Entwicklung von Kommunen unter 2.000 Einwohnern, von denen der Kreis einige habe und wo noch Zuwachs erwartet werde. Besonders herausstellen möchte er die Wichtigkeit der Landesbedeutsamkeit des Flughafens, die Restriktivität bei Abgrabungen und die Möglichkeit, im Siedlungsbereich tätig werden zu können.

KTM Prof. Dr. Klapdor kann die SPD-Fraktion insbesondere im Hinblick auf die Landesbedeutsamkeit des Flughafens nicht verstehen. Würden die Regelungen zu den Dörfern unter 2.000 Einwohnern schon länger bestehen, würde er z.B. gar nicht mehr im Kreis wohnen. Auch insoweit sind die Regelungen nicht nachvollziehbar. Die Dörfer würden ausgeblutet, da kein Nachzug zugelassen wird.

KTM Düllings entgegnet KTM Weber, dass er übergeordnete, landesplanerische Zielsetzungen nicht akzeptieren müsse, wenn diese gegen die Interessen des Kreises Kleve verstoßen. Man könne nicht schweigsam hinnehmen, dass einige Punkte, die 2013 gefordert worden sind, nicht aufgenommen wurden. Er könne nicht nachvollziehen, dass KTM Weber als Vorsitzender des Fachausschusses, die Detaildiskussion wieder eröffnet.

KTM Palmen berichtet, dass der Presse entnommen werden konnte, dass die SPD-Fraktion insgesamt im vorgelegten Entwurf der Stellungnahme des Kreises Kleve zum überarbeiteten Entwurf des LEP eine Tendenz zur Ausweitung der vorgesehenen Flächeninanspruchnahme für Siedlungs-, Gewerbe-, Verkehrs- und weiteren Nutzungsansprüchen, die der grundsätzlichen Zielsetzung der Landesplanung entgegensteht, erkennt. Er habe sich die Mühe gemacht und im statistischen Landesamt nachgeschaut, wie der tatsächliche Flächenverbrauch in der Vergangenheit war. Dieser stelle sich anders dar, als von der SPD behauptet.

KTM Franken entgegnet KTM Düllings, dass jeder sich laut Geschäftsordnung zu Wort melden darf und dies auch gewollt sein sollte. Zum Thema Flüchtlingssituation im LEP möchte er auf die Stellungnahme im Internet hinweisen. Der überarbeitete LEP-Entwurf reagiere auf veränderte Bevölkerungsentwicklungen robust. Dies geschehe insbesondere durch die Vorgabe an Regional- und Bauleitplanung bedarfsgerechte Wohnbauflächen auszuweisen. Der LEP-Entwurf mache keine Vorgaben für feste Kontingente der Siedlungsflächenentwicklung in den einzelnen Gemeinden.

KTM Ulrich äußert, dass die SPD-Fraktion im Jahr 2013 der Verwaltungsvorlage zugestimmt habe. Jetzt würde diese sich indirekt hiervon verabschieden. Ihre Fraktion erwarte von der SPD-Fraktion eine klare Positionierung zur Landesbedeutsamkeit des Flughafens. Im Übrigen schließt sie sich KTM Prof. Dr. Klapdor an. Der Kreis habe eine Verantwortung für kleine Ortschaften.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 19 Gegenstimmen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des von ihr erstellten Entwurfs gegenüber der Landesregierung eine Stellungnahme zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans abzugeben.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 358 /WP14

Rettungsdienst;  
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2014 und die Entlastung des  
Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Fachausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2014 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RTU Euregio, Goch vorgelegten Form festgestellt (Bilanzsumme in Aktiva und Passiva gleichlautend 13.622.944,62 Euro). Der Jahresfehlbetrag von 323.442,95 Euro wird in das Wirtschaftsjahr 2015 vorgetragen.
2. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Zu Punkt 24 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 361 /WP14

Rettungsdienst;  
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan 2016 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Zu Punkt 25 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 252 /WP14

Mitteilungen  
Geschäftsbericht für den Peter-Albers-Studienfonds 2014

---

Der Geschäftsbericht für den Peter-Albers-Studienfonds 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 26 der Tagesordnung:

Anfragen

---

KTM Heinricks spricht die Probleme mit dem RE10 von Kleve nach Düsseldorf an. Er begrüßt, dass der Landrat schon mehrmals Gespräche mit dem VRR geführt habe und erkundigt sich nach dem Ergebnis.

Landrat berichtet, dass der VRR gebeten werde, den Beschwerdeführern eine inhaltlich konkrete Antwort zukommen zu lassen. Soweit es um inhaltliche Forderungen gehe, wie z.B. die Züge zu verbessern, wird ebenfalls darauf geachtet, dass die Betroffenen eine Antwort erhalten und es wird auf eine Veränderung hingewirkt. Es würden verschiedene Probleme eine Rolle spielen, die unterschiedliche Handlungen nach sich ziehen. Er habe den Eindruck, dass VRR sich gerade auch für den Bereich des NVN sehr bemüht. Der Kreis Kleve sei weder Aufgabenträger noch Vertragspartner und könne somit nur auf Probleme hinweisen.

KTM Reuter stellt mehrere Fragen zur Webseite des Jugendforums Courage. Aufgrund der sehr technischen Fragen bittet der Landrat um schriftliche Einreichung der Fragen, damit diese schriftlich beantwortet werden können.

Die Anregung von KTM Reuter, digitale Dokumente der Verwaltung nur noch im PDF-Format zu versenden, wird aufgenommen und umgesetzt.

KTM Habicht erkundigt sich nach der Rückzahlung der von ihm in der Vergangenheit angesprochenen Fahrtkosten und der Handhabe der Fahrtkostenerstattung bei nacheinander stattfindenden Sitzungen. Weiterhin bittet er darum, dass auf der Internetseite des Kreises Kleve seine Parteizugehörigkeit deutlich gemacht wird.

Landrat sichert die schriftliche Beantwortung der Anfrage von KTM Habicht zu.

- - - - -